



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)

Aktuell seit 26.01.2026 11:48:46

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer: R003594

Ersteintrag: 18.03.2022

Letzte Änderung: 26.01.2026

Letzte Jahresaktualisierung: 01.07.2025

Tätigkeitskategorie: Berufsverband

Kontaktdaten:
Adresse:
Reinhardtstraße 34
10117 Berlin
Deutschland

Telefonnummer: +49302844440

E-Mail-Adressen:

info@freie-berufe.de

Webseiten:

www.freie-berufe.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

670.001 bis 680.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

7,13

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr. Stephan Hofmeister

Funktion: Präsident

2. Gero Hagemeister

Funktion: Vizepräsident und Schatzmeister

3. Prof. Dr. Dr. Christoph Benz

Funktion: Vizepräsident

4. Dr.-Ing. Heinrich Bökamp

Funktion: Vizepräsident

5. Andreas Dörschell

Funktion: Vizepräsident

6. Ursula Funke

Funktion: Vizepräsidentin

7. Dr. Karin Hahne

Funktion: Vizepräsidentin

8. Prof. Ralf Niebergall

Funktion: Vizepräsident

9. Dr. Thomas Remmers

Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (16):

1. Peter Klotzki

2. Jacqueline Kirsch

3. Petra Kleining

4. Andreas Müller

5. Nina Lucia Twardy

6. Natasha Volodina

7. Luca Samlidis

8. Dr. Stephan Hofmeister

9. Gero Hagemeister

10. Prof. Dr. Dr. Christoph Benz

11. Dr.-Ing. Heinrich Bökamp

12. Andreas Dörschell

13. Ursula Funke

14. Dr. Karin Hahne

15. Prof. Ralf Niebergall

16. Dr. Thomas Remmers

Gesamtzahl der Mitglieder:

59 Mitglieder am 05.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. AG Mittelstand
2. Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung
3. Mittelstands- und Wirtschaftsunion
4. Wirtschaftsforum der SPD
5. Europäische Bewegung Deutschland

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (23):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gesundheitsversorgung; Kultur; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Urheberrecht; Integration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Rechtspolitik; Rente/Alterssicherung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Wir verfolgen alle Regelungsvorhaben mit freiberuflichem und berufsübergreifendem Bezug. Dabei wollen wir sowohl selbstständiges als auch abhängig beschäftigtes freiberufliches Tätigsein, den Erhalt und die Weiterentwicklung der freiberuflichen Berufsordnungen sowie der darin enthaltenen Werte und Vorgaben stärken. Die Bedeutung der freiberuflich schaffenden Persönlichkeiten in Gesellschaft und Staat sowie die Pflege der Beziehungen aller Freien Berufe untereinander stehen dabei im Fokus.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Einheitliche Rahmenbedingungen des Qualitäts- und Qualifikationsniveaus bei Nachhaltigkeitsberichterstattung

Beschreibung:

Sollten IASP im Laufe des weiteren Gesetzgebungsverfahrens zur Prüfung der Nachhaltigkeitsberichterstattung zugelassen werden, ist dafür Sorge zu tragen, dass diese denselben fachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen wie die AP unterliegen, um ein einheitlich hohes Qualitäts- und Qualifikationsniveau zu gewährleisten, zum Schutz der zu prüfenden Unternehmen und ihrer Anleger (des Kapitalmarkts). Nur so können vergleichbare Ausgangsbedingungen („Level-Playing Field“) unter den beteiligten Akteuren sichergestellt werden. Ein Verstoß gegen die Anforderung der Gleichwertigkeit würde zudem einen Verstoß gegen das EU-Recht bedeuten und zum Vertragsverletzungsverfahren führen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2407230010** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Evaluierung Hinweisgeberschutzgesetz

Beschreibung:

Es muss evaluiert werden, wie oft neue Meldekanäle tatsächlich genutzt wurden. Ohne positive Evaluierung sollte das Gesetz abgeändert werden oder auslaufen oder zumindest die Schwelle hochgesetzt werden, ab der das Gesetz greift, z.B. auf 500 Mitarbeiter. Alle neuen Regulierungen und Gesetze, die für Freiberufler erhöhten Aufwand bedeuten, sollten grundsätzlich nur befristet eingeführt werden. Wenn sie nicht positiv evaluiert werden, also eine positive Wirkung bei geringen Erfüllungsaufwand und unerwünschten Nebenwirkungen entfalten, dann sollte das Gesetz automatisch auslaufen.

Betroffenes geltendes Recht:

HinSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

3. Schaffung einer gesetzlichen Regelung zum Erwerbsstatus selbstständiger Lehrtätigkeit

Beschreibung:

Schaffung rechtssicherer Grundsätze der Statusbeurteilung unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen für die Abgrenzung von abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit.

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

4. Bewertung der Angemessenheit der Regelungen zum gesetzlichen Mindestlohn in Bezug auf Kleinstunternehmen

Beschreibung:

Die Mitglieder der Mindestlohnkommission unterliegen bei der Wahrnehmung ihrer Tätigkeit keinen Weisungen und haben sich eine eigenständige Verfahrensordnung gegeben. Die gesetzlich zugestandene Autonomie und die Unabhängigkeit der Kommission sind die

elementaren Grundvoraussetzungen für das deutsche Mindestlohnrecht. Sie sind zu respektieren und zu schützen, und Vorgaben an die Mindestlohnkommission durch die Exekutive sollten unterlassen werden.

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2501200004 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [[alle SG](#)
[dorthin](#)]

5. Vermeidung zusätzlicher bürokratischer Belastungen durch Bundestariftreuegesetz

Beschreibung:

Vermeidung wirtschaftlicher und bürokratischer Belastung und zusätzlicher Standards für kleine freiberufliche Betriebe ohne tarifliche Struktur durch erhöhten Verwaltungsaufwand und finanzielle Mehraufwände

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/1941](#) ([Vorgang](#)) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)

1. Zuständiges Ministerium: [BMAS](#) [[alle RV hierzu](#)]
2. Zuständiges Ministerium: [BMWE](#) [[alle RV hierzu](#)]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): [Tariftreuegesetz](#) ([Vorgang](#))

Referentenentwurf (BMWE): [Tariftreuegesetz](#) ([Vorgang](#))

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2508060010 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [[alle SG](#)
[dorthin](#)]

6. Ausbau des Sozialpartnermodells für nichttarifliche Freiberuflereinheiten durch Betriebsrentenstärkungsgesetz II

Beschreibung:

Möglichkeiten zum Ausbau des Sozialpartnermodells und Lockerungen des Einschlägigkeitssgebotes bleiben hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten betroffener Berufsgruppen in den Freien Berufen zurück. Erforderlichkeit der Ergänzung des Einschlägigkeitserfordernisses hinsichtlich der Bezugnahme anderer Branchen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1859 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): Zweites Gesetz zur Änderung des Betriebsrentengesetzes und zur Änderung anderer Gesetze (Vorgang)

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508060011 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

7. Erstreckung der Regelungen zur Aktivrente auf Selbstständige

Beschreibung:

Eine Differenzierung zwischen Freiberuflern, die selbstständig arbeiten und solchen, die abhängig beschäftigt sind, ist nicht gerechtfertigt. Auch Freiberufler müssen unter die lenkenden Steuererleichterungen fallen.

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2508060012 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.08.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. [SG2510140025](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. [SG2511280009](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.11.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

8. [Vorschläge Finanzierung Schuldnerberatung](#)

Beschreibung:

Ausschluss einer Mitfinanzierung der Schuldnerberatung durch KMU

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/2774](#) (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/1847, 21/2458, 21/2669 Nr. 15
- Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher
(Schuldnerberatungsdienstgesetz - SchuBerDG)

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 436/25](#) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher
(Schuldnerberatungsdienstgesetz - SchuBerDG)

Zuständiges Ministerium: [BMJV](#) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

670.001 bis 680.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (8):

1. Bundesärztekammer
2. Kassenärztliche Bundesvereinigung
3. Bundeszahnärztekammer
4. Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
5. Bundesrechtsanwaltskammer
6. Deutscher Anwaltverein
7. Bundessteuerberaterkammer
8. Bundesarchitektenkammer

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschluss-2024.pdf](#)